

## ERGEBNIS PAPIER

<b>Veranstaltungsname:</b>	Rathausgespräch Oranienburg
<b>Veranstaltungsart:</b>	World-Café-Format
<b>Veranstaltungsort:</b>	Bürgerzentrum Oranienburg
<b>Veranstaltungsdatum:</b>	27.09.2023
<b>Teilnehmendenzahl:</b>	32 Personen
<b>Veranstaltende:</b>	Europa-Union Oberhavel e.V.;  Europa-Union Deutschland e.V. (in Kooperation);  Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Fördermittelgeber)

### Einleitende Bemerkung

Das vorliegende Papier fasst die Ergebnisse des Rathausgesprächs "Stadt, Land, Europa?!" zusammen, das am 27. September 2023 im Bürgerzentrum der Stadt Oranienburg stattgefunden hat. Dabei tauschten sich die Teilnehmenden im World-Café-Format an drei unterschiedlichen Thementischen aus: (I) Chancen ergreifen, Brücken bauen! EU-Fördermittel für regionale Entwicklung in Oranienburg; (II) Gemeinsam stärker! Europäische Zusammenarbeit für Klima- und Katastrophenschutz in Oranienburg und Umgebung; (III) Europas Zukunft gestalten! Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in Europa.

An jedem dieser Thementische konnten die anwesenden Teilnehmenden in zwei Runden à 30 Minuten zu den jeweiligen Themen diskutieren. Jeder Thementisch wurde von eine\*r Moderator\*in geleitet und durch Fachexpert\*innen inhaltlich unterstützt.

Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahm Dr. Mechthild Baumann, Vorsitzende des Landesverbands Brandenburg der Europa-Union.

# Ergebnisse

## Thementisch I - Chancen ergreifen, Brücken bauen! EU-Fördermittel für regionale Entwicklung in Oranienburg

**Moderation:** **Dr. Mechthild Baumann**, Landesvorsitzende der Europa-Union Brandenburg e.V. sowie externe Gutachterin für verschiedene EU-Förderprogramme

**Expert\*innen:** **Lars Wirbatz**, Referatsleiter für EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie für die Koordinierung von EU-Förderung im Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg

**Alexander Laesicke**, Bürgermeister der Stadt Oranienburg

### Diskussionsergebnisse:

- Eine nachhaltige bzw. grüne Stadtentwicklung und Wohnungsbau sollten stärker gefördert werden. Dementsprechend sollte gezielt nach dafür geeigneten EU-Förderkulissen gesucht oder entsprechende Förderprogramme durch das Land Brandenburg mit Hilfe von EU-Fördermitteln aufgelegt und beworben bzw. bekannt gemacht werden.
- Regionales Know-how zur Beantragung von EU-Fördermitteln wird benötigt und sollte daher auf regionaler Ebene gefördert werden, z.B. durch entsprechende Weiterbildungen, Kurse, Erfahrungsaustausche etc.
- Es fehlt eine landkreisweite Übersicht darüber, wie viele Anträge Oberhavel (Landkreis und Kommunen) für EU-Fördermittel pro Jahr stellt, in welchem Umfang und für welche Zwecke EU-Fördermittel nach Oberhavel fließen oder welche Projekte im Landkreis und in den Kommunen durch EU-Mittel bereits finanziert wurden.
- Die Etablierung von Europabeauftragten, sei es für Fördermittel, zur Bekanntmachung, Einhaltung und Umsetzung von EU-Richtlinien oder im zivilgesellschaftlichen Sinne zur Aufklärung und Information über die EU, wäre in ganz Oberhavel (Landkreis und Kommunen) lohnenswert und sollte von der Politik fokussiert werden.

## **Thementisch II - Gemeinsam stärker! Europäische Zusammenarbeit für Klima- und Katastrophenschutz in Oranienburg und Umgebung**

**Moderation:** **Anne Schumacher**, Kreissprecherin, Bündnis 90/Die Grünen Oberhavel

**Expert\*innen:** **Prof. Ulrich Brückner**, Jean Monnet Professor für European Studies an der Stanford University in Berlin

**Dirk Hartung**, Vorsitzender des Vereins Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) Oberhavel

### **Diskussionsergebnisse:**

- Nach Vorbild des Best Practice-Prinzips sollten sowohl Oberhavel als auch Brandenburg sich mit anderen EU-Regionen austauschen - insbesondere mit den durch den Klimawandel stärker betroffenen - um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen diese beispielsweise zur Vermeidung von Waldbränden, für den Waldschutz allgemein oder den Klimaschutz ergreifen.
- Eine Anleitung/Hilfestellung beispielsweise für die Kommunen in Oberhavel, wie diese sich im Bereich des Klima- und Katastrophenschutzes besser mit der EU und ihren Institutionen vernetzen können, wäre vorteilhaft und sollte von der Politik fokussiert werden.
- Die EU hat im Bereich des Klima- und Katastrophenschutzes bestimmte Forderungen/Regularien an die Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen, diese sind jedoch relativ unbekannt. Daher sollten diese Forderungen/Regularien landkreisweit den Kommunen näher gebracht und entsprechende Hilfen zur passgenauen Realisierung dieser Ziele vor Ort geleistet werden, beispielsweise durch entsprechende Landkreis-Förderungen.
- Sind in allen Haushalten aller Kommunen ausreichend Mittel für den Klima- und Katastrophenschutz eingestellt? Diese Frage/Forderung sollte durch die Kommunalpolitiker\*innen evaluiert und an ihre Stadt-/Gemeindeverwaltung herangetragen werden.
- Die Europäische Kommission hat das EU-Katastrophenschutzverfahren aufgewertet und **“rescEU”** geschaffen, um die EU-Bürger\*innen noch besser vor Katastrophen (Waldbrände etc.) zu schützen und neu auftretende Risiken besser bewältigen zu

können. rescEU wurde als Reserve eingerichtet, die vollständig von der EU finanziert wird. Es umfasst eine Flotte von Feuerwehrflugzeugen und Hubschraubern, medizinische Evakuierungsflugzeuge und einen Vorrat an medizinischen Gegenständen und Feldkrankenhäusern, die auf Gesundheitsnotfälle reagieren können. Ist dies im Landkreis Oberhavel bekannt? Haben sich einzelne Kommunen oder Landkreis bereits mit diesem Thema befasst oder entsprechend vernetzt?

- Die EU (Parlament und Rat) hat 2020 eine neue Trinkwasser-Richtlinie (RICHTLINIE (EU) 2020/2184) verabschiedet, durch die der Zugang zu Trinkwasser - beispielsweise durch Wasserspender - verbessert werden soll. Wurde diese Richtlinie im Landkreis Oberhavel und seinen Kommunen ausreichend umgesetzt? Zu welchem Grad wurde diese Richtlinie bereits umgesetzt? Hier sollte ein Umsetzungsstand durch die Politik evaluiert werden.
- Die EU (Parlament und Rat) hat 2022 eine Richtlinie (RICHTLINIE (EU) 2022/2557) verabschiedet, die die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) kritischer Einrichtungen stärken soll. Hat man sich damit bereits ausreichend im Landkreis Oberhavel und seinen Kommunen beschäftigt?
- Es sollten Leitlinien erarbeitet bzw. ein gewisser "moralischer Kompass" entwickelt werden mit Handlungsempfehlungen zum Klima- und Katastrophenschutz (Beispiel: Waldbrände verhindern)

## **Thementisch III - Europas Zukunft gestalten! Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in Europa**

**Moderation:** **Dirk Blettermann**, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Oranienburg

**Expert\*innen:** **Sveta Esser Pauker**, Vorsitzende Willkommen in Oranienburg e.V.

**Marcel Ruffert**, Co-Kreisvorsitzender der Europa-Union Oberhavel e.V. und Mitglied der Jungen Europäischen Föderalist:innen

### **Diskussionsergebnisse:**

- In Oberhavel soll ein "Ehrenamts-Stammtisch" initiiert werden, bei dem sich Akteur\*innen aus den Bereichen des bürgerlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements, der Kultur, der Jugend- und Sozialarbeit und der Integration regelmäßig austauschen und ggf. zu gemeinsamen Aktionen aufrufen.
- Die bürokratischen Hürden beispielsweise zur Beantragung von Fördermitteln sind für ehrenamtliche und gemeinnützige Organisationen, Initiativen und Vereine teilweise zu hoch, diese müssen abgesenkt werden, ebenso muss die Hilfe für Geflüchtete beispielsweise bei der Stellung von Anträgen ausgebaut werden.
- Die Europa-Union soll sich in Oberhavel dafür einsetzen, die EU und ihre Institutionen, Prozesse und Organisationen bekannter zu machen.
- In Oberhavel sollen positive Demokratie-Erfahrungen gestärkt werden, beispielsweise durch die stärkere Förderung regionaler Bürgerbeteiligung (flächendeckende Bürgerhaushalte etc.).
- Die ERASMUS-Programme müssen auf regionaler Ebene durch den Landkreis und die Kommunen viel stärker bekannt gemacht und genutzt werden, bei der Beantragung braucht es dann vor allem Hilfestellungen durch örtliche Behörden.
- Privatinitiativen, die gezielt eine europäische integrative Arbeit leisten, sollen stärker gefördert werden.
- Für eine bessere Integration von Geflüchteten braucht es vor allem niedrigschwellige und unkomplizierte Maßnahmen, die einen kulturellen Austausch und Begegnungen ermöglichen, wie beispielsweise Integration durch Kunstkurse, durch gemeinsames

Kochen, durch Fahrradwerkstätten oder durch gemeinsames Musizieren (Musikkurse).

- Das BELC-Netzwerk (Building Europe with Local Councillors) der EU-Kommission ermöglicht einen direkten Austausch/eine direkte Vernetzung zwischen der Europäischen Union und den Kommunen, und zwar durch die Ernennung von EU-Gemeinderäten in den lokalen Städte- und Gemeindevertretungen. Dieses Netzwerk sollte durch den Landkreis und die Kommunen in Oberhavel viel stärker bekannt gemacht, gefördert und vor allem genutzt werden.
- Bei Jugend- und Sozialeinrichtungen sollte durch die Politik der Europa-Fokus viel stärker gefördert werden, z.B. durch die Teilnahme an europäischen Kinder- und Jugendcamps.
- Pädagog\*innen sollten speziell in den Bereichen des interkulturellen Austausches, der Friedenspädagogik und in "Demokratie leben" weitergebildet werden.

## Weiterführende Informationen

Eine ausführlicher Beitrag über das Rathausgespräch in Oranienburg ist im Webmagazin der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland, "Treffpunkt Europa", erschienen. Der Bericht lässt sich über folgenden Link abrufen: <https://www.treffpunkteuropa.de/europa-vor-ort?lang=fr>

### Kontaktdaten:

E-Mail: europaunionoberhavel@gmail.com

Instagram: @europaunionoberhavel

Facebook: @EUOHV

### Anschrift:

Europa-Union Oberhavel e.V.

Postfach 11 29

16721 Velten

Oberhavel, den 30.11.2023

**gez. Mona Schröder und Marcel Ruffert**

Co-Kreisvorsitzende der Europa-Union Oberhavel e.V.